

08.11.2013

Neudruck

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Kommunalpolitik

zum Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3966

Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (ELAG-ÄG)

Berichterstatter

Abgeordneter Christian Dahm

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 16/3966) unverändert angenommen:

Datum des Originals: 08.11.2013/Ausgegeben: 11.11.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Durch Beschluss des Plenums wurde am 25. September 2013 der Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (ELAG-ÄG)“ (Drucksache 16/3966) an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich mitberatend hiermit zu beschäftigen.

B Inhalt des Gesetzentwurfs

Die den Gesetzentwurf einbringende Landesregierung stellt das Problem wie folgt dar:

„Mit Urteil vom 8. Mai 2012 hat der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen § 2 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Nummer 1 Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW für nichtig erklärt, da diese Regelung unvereinbar mit dem Recht der Gemeinden auf Selbstverwaltung gemäß Artikel 78, 79 Satz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen sei.“

Der Gesetzentwurf sieht vor diesem Hintergrund eine Neuregelung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW vor.

C Beratungsverfahren

Der Ausschuss für Kommunalpolitik hat zu seiner Sitzung am 13. September 2013 den Vorratsbeschluss gefasst, hierzu eine schriftliche Anhörung von Sachverständigen zur Sitzung am 11. Oktober 2013 durchzuführen. Folgende Sachverständige wurden daher gehört:

Sachverständige	Stellungnahmen
Dr. Stephan Articus Städtetag Nordrhein-Westfalen, Köln	16/1121
Dr. Bernd-Jürgen Schneider Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	16/1113

siehe hierzu das Ausschussprotokoll 16/363 vom 11. Oktober 2013.

Eine abschließende Befassung zum Gesetzentwurf erfolgte im Ausschuss für Kommunalpolitik am 8. November 2013 (vgl. APr 16/382).

D Abstimmung

Der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 7. November 2013 entschieden, den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der PIRATEN-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP anzunehmen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde im Ausschuss für Kommunalpolitik am 8. November 2013 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der PIRATEN-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Christian Dahm
- Vorsitzender -